

Josef-Thomas Göller

Wegsehen hilft nicht

Bundeswehreinätze in Afghanistan verlängert

Im Oktober hat der Bundestag – wie jedes Jahr seit 2001 – wieder darüber entschieden, das Mandat für deutsche Soldaten in Afghanistan zu verlängern. In der Bevölkerung haben die Einsätze aber drastisch an Zustimmung eingebüßt. Doch – so die pointierte These unseres Autors – im Kampf gegen den Islamismus heißt das oberste Gebot: Kurs halten.

Die Verlängerung umfasst dieses Mal »sogar« 14 statt 12 Monate, damit die nächste Entscheidung nicht in die Bundestagswahl im Herbst 2009 fällt. Außerdem wurde die deutsche Truppenstärke um satte eintausend von 3.500 auf 4.500 erhöht und das zu einer Zeit, in der nahezu monatlich Bundeswehrsoldaten in Afghanistan durch Attentate verletzt oder getötet werden.

Deshalb verlieren laut Umfragen die Bundeswehr-Einsätze am Hindukusch drastisch an Zustimmung in der Bevölkerung. Grund für diese Diskrepanz ist, dass die Bundesregierung in der Öffentlichkeit zu oft verschleiert, worum es in Afghanistan geht und wer dort gegen wen kämpft. Weil die Regierung in den vergangenen Jahren die deutschen Soldaten in Afghanistan in erster Linie als eine Art *Technisches Hilfswerk* präsentierte, kann die Öffentlichkeit natürlich nicht nachvollziehen, warum nun plötzlich verstärkt deutsche Kampftruppen entsandt werden sollen. Warum eigentlich wird in Afghanistan immer noch gekämpft?

Außerdem widerspricht die Bundesregierung jener Stimmung in der Bevölkerung nicht, die im allgemeinen Konzert des deutschen Anti-Amerikanismus »den Amerikanern« auch noch die Schuld an der Misere in Afghanistan anlastet, statt aufzuklären, wie alles begann, wie Ursache und Wirkung seit 2001 zusammenhängen



Josef-Thomas Göller

(* 1958) war Korrespondent in den USA. Seit 2004 berichtet und kommentiert er als freier Journalist für amerikanische und arabische Medien.

Tom-usa@gmx.net

und wo genau die deutschen Interessen in Afghanistan liegen.

Weil dies so ist, kam die Forderung des Präsidentschaftskandidaten der amerikanischen Demokraten, Barak Obama, in seiner Berliner Rede am 24. Juli nach mehr *Nato*-Soldaten für Afghanistan für viele hierzulande doch recht überraschend, denn jeder verstand, dass er damit Deutschland meinte. Schon am 28. Februar aber hätte man hören können, wie sich Obama vor Journalisten in Texas verärgert darüber zeigte, dass die *Nato*-Staaten »die Drecksarbeit« in Afghanistan den Briten und Amerikanern überließen.

Den Deutschen wird schon lange »Feigheit« vorgeworfen, nicht von den Amerikanern, sondern vor allem von den Briten und Kanadiern, die kein Verständnis dafür aufbringen, dass ihre Soldaten im unmittelbaren Kampf gegen die Taliban-Terroristen in Afghanistan sterben, während die aus ihrer Sicht mächtigen Deutschen im ruhigen Norden, der ohnehin

schon immer gegen die Taliban eingestellt war, nur Brunnen bohren und Schulen bauen. Geht es hier nicht um gemeinsame Werte und Ziele? Oder vertreten die fußball-fröhlichen, sich selbst genügenden Deutschen doch andere Werte als die übrigen *Nato*-Partner? Ist dies alles nur Polemik, die man, wie bislang, in Berlin einfach achselzuckend abtut, damit man nichts tun braucht?

Kein Wunder, dass sich Anfang August 64 Prozent der Bundesbürger dafür aussprachen, die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen. Das geht zumindest aus dem ARD-Deutschlandtrend des Instituts *Infratest dimap* hervor. Anfang Juni waren es »nur« 54 Prozent gewesen, aber immerhin auch schon die Mehrheit der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund wird es Zeit, der Öffentlichkeit hierzulande die deutsche Militärbeteiligung an der internationalen Schutztruppe ISAF (*International Security Assistance Force*) anders zu erklären, als dass wir dort nur armen Frauen und Kindern helfen. Es wird Zeit, verständlich zu machen, warum plötzlich zum Ende der Bush-Regierung – also acht Jahre zu spät, und, so denkt die »Linke«, im »vorausleitenden Gehorsam« gegenüber einer neuen US-Regierung – so viele Soldaten nach Afghanistan geschickt werden, wie für das wesentlich kleinere und ungefährlichere Kosovo seit Jahren bereitwillig zur Verfügung stehen.

Warum es begann

Es scheint so, als seien die dramatischen Ereignisse des Jahres 2001 insbesondere in Deutschland verdrängt worden, so, als handele es sich um eine kollektive Amnesie, die darauf beruht, dass sich das Gehirn unterbewusst gegen unangenehme Dinge und Konsequenzen wehrt. Doch nur wer sich den Tatsachen stellt, kann die Zukunft erfolgreich meistern.

Zum Hintergrund:

Als Antwort auf die islamistischen Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die Vereinigten Staaten haben die USA, Kanada, Großbritannien und Australien am 7. Oktober 2001 die Taliban-Diktatur in Afghanistan angegriffen und damit gleichzeitig einen *War on Terror*, einen Krieg gegen den Terror, wie es Präsident Bush bezeichnete, gegen alle militanten Islamisten begonnen. Deren erklärtes »Endziel« ist eine fundamentalistische islamische Weltherrschaft; zumindest hat dies ihr geistiger und strategischer Führer Osama Bin Laden oftmals verkündet.

Grund des anglo-alliierten Angriffs auf Afghanistan war, den Drahtzieher der Terroranschläge vom 11. September, Osama Bin Laden, zu verhaften, seine internationale Netzwerk-Organisation *Al Quaida* zu zerschlagen und das brutale afghanische Taliban-Regime zu beseitigen, damit es nicht länger *Al Quaida* eine sichere Zufluchtstätte und Operations-Basis bieten kann. Bin Laden und namhafte Taliban-Führer konnten entkommen, Afghanistan indes wurde binnen weniger Wochen von der Taliban-Schreckensherrschaft befreit und zwar hauptsächlich durch die Afghanen selbst.

Denn die alliierte »Invasion« setzte sich lediglich aus etwa 150 *Special Forces* zusammen, die mittels moderner Technik amerikanische und britische Luftangriffe zielgenau lenkten. Damit eröffneten sie den Stämmen der oppositionellen Nord-Allianz die Möglichkeit, das Taliban-Regime sowie das Sammelsurium an muslimischen Kämpfern aus allen Herrenländern am Boden zu überwältigen. Nur mit Hilfe oppositioneller afghanischer Führer war es also möglich, das bis dahin uneinnehmbare Land am Hindukusch vom Steinzeit-Islamismus der Taliban zu befreien. Die heutigen Schwerpunktgebiete der deutschen Soldaten, Mazar-i-Sharif und Kunduz, wurden damals von den afghanischen »Generälen« Dostum

und Atta eingenommen, der heutige afghanische Präsident Karzai war zum Beispiel Kommandeur einer Widerstand-armee in Kandahar.

Deshalb sind Vergleiche zur sowjetischen Invasion Afghanistans im Jahr 1979, wie gelegentlich hierzulande gezogen, bärer Unsinn und Ablenkungsmanöver. Während der zehnjährige sowjetische Krieg in aller Brutalität gegen das afghanische Volk geführt wurde, handelt es sich bei dem amerikanisch-britisch-kanadischen Militär-*Strike* von 2001 tatsächlich um eine Befreiung von einer Schreckensherrschaft: Die Taliban, hervorgegangen aus dem Widerstand gegen die Sowjets, herrschten von 1996 bis 2001. Gesellschaftlich gebärdeten sie sich extrem anti-westlich, gingen in ihren zahlreichen Verboten weit über die fundamentalistische islamische Rechtsprechung »Scharia« hinaus, zum Beispiel wurde auch Musik und Tanz bei Strafe untersagt. Vor allem aber entrechteten und versklavten sie die Frauen in einem bis dahin selbst in der muslimischen Welt nicht gekannten Ausmaß und boten islamischen Terroristen jeglicher Couleur sicheren Unterschlupf. Heute wird in westlichen Medien der Begriff »Taliban« fälschlich auf jegliche Terrorgruppe Afghanistans angewandt.

Die furchtbare Unterdrückung der afghanischen Frauen vor dem Oktober 2001 wird im Westen nach wie vor mit nur geringem Interesse, wenn überhaupt, zur Kenntnis genommen. Hier stellt sich die Frage, warum? Auf diesem Gebiet haben auch muslimische Organisationen in westlichen Ländern bisher versagt. Wenn Deutsche wissen wollen, warum sie in Afghanistan kämpfen sollen, dann sollten auch deutsche Muslime beziehungsweise Muslime in Deutschland ihnen eine Antwort auf diese Frage geben können! Auch sollten deutsche Muslime für die Befreiung und Demokratisierung Afghanistans eingebunden werden, damit nicht immer wieder von muslimischen Radikalen das

verzerrte Bild der »christlichen« Besatzer am Hindukusch in die Welt gesetzt werden kann.

Nach dem raschen Sieg über die Taliban wurde ebenso rasch klar, dass die siegreichen afghanischen Allianzen aufgrund jahrzehntelanger Kämpfe alleine nicht in der Lage waren, das Land zu stabilisieren und gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen. Deshalb entschlossen sich damals mehr als dreißig Länder – unter maßgeblicher politischer Beteiligung Deutschlands – im Dezember 2001 auf dem Bonner Peterberg, dem Land militärisch, wirtschaftlich und politisch auf die Beine zu helfen. Uneigennützig war diese Hilfe nicht, denn dem Westen ging und geht es bis heute primär darum, zu verhindern, dass Afghanistan wieder ein sicherer Hafen für islamische Terroristen wird, die wiederum den »Generalangriff auf den Westen« planen, so zumindest die strategische Wahrnehmung unter westlichen Regierungen, auch der deutschen.

Warum wird noch gekämpft

Wenn Afghanistan 2001 befreit wurde, warum wehren sich die Afghanen bis heute gegen ihre westlichen Schutztruppen, wird oft gefragt. Zweifellos wäre auch ohne *Al Quaida* und den sogenannten »Taliban«-Kämpfern Afghanistan schwierig zu stabilisieren, da es unter den in Stämmen gegliederten Bevölkerungsteilen gewaltige kulturelle, sprachliche und historische Unterschiede und Erfahrungen gibt. Zum besseren Verständnis hilft ein Blick in den eigenen europäischen Vorgarten! Wenn schon das kleine Jugoslawien an seiner Völkervielfalt scheiterte, sich in den 90er Jahren blutig zerfleischte und bis heute Zigtausende von *Uno*- und *Nato*-Truppen als Schutz braucht, um nicht erneut in Vergewaltigungen, Blut und Tränen zu versinken, dann sollten gerade Europäer Verständnis dafür haben, dass auch andere

Länder auf anderen Kontinenten in ähnlichen Problemlagen dergleichen langfristigen Hilfe bedürfen.

Im Falle Afghanistans kommt erschwerend hinzu, dass hier aus Sicht der Islamisten auch ein ideologischer Krieg ausgetragen werden soll. Afghanistan darf aus Sicht eines Osama Bin Laden und seiner Gleichgesinnten kein Erfolg für westliche Freiheit, Demokratie und Gleichheit der Geschlechter werden, da sonst der Erfolg ihrer islamistisch-fundamentalistischen »Weltbewegung« in Frage gestellt würde. Deshalb können die Nachfolger der Taliban im Konzert mit *Al Quaida* immer wieder weltweit Kämpfer für ihre Sache anwerben, allerdings nur bedingt unter Afghanen. In westlichen Medien wird oft der falsche Eindruck erweckt, in Afghanistan kämpften nur die 47.000 ISAF-Soldaten aus 40 Ländern gegen die Taliban. Richtig ist vielmehr, dass zuallererst Afghanen gegen die aus Pakistan einsickernden internationalen Islamisten kämpfen – ausgebildet und unterstützt von der ISAF.

Ein langer Atem ist gefragt

Bedauerlich ist, dass in der westlichen Wahrnehmung außerdem den islamistischen Kämpfern mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als den eigenen Erfolgen. Fest steht: *Al Quaida* kann nicht mehr von Afghanistan aus planen und handeln; seit 2001 hat es keinen Anschlag mehr auf den erklärten »Erzfeind« USA gegeben; andere Anschläge, wie der in Madrid, haben den Westen nicht erschüttert oder eingeschüchtert; von einer Islamisierung der Welt oder der Wiedererrichtung eines Kalifats kann keine Rede sein; die Bekämpfung von Islamisten ist weltweit organisiert und hat die Bewegungsfreiheit ihrer Führer bis zur Unmöglichkeit eingeschränkt.

Für den Westen gilt es nun, diesen Kurs beharrlich beizubehalten und einen längeren Atem zu behalten als die Islamisten, die stets hoffen, dass der aus ihrer Sicht verweichlichte Westen früher oder später aufgibt und ihnen ihre »Frucht« dann in den Schoß fällt.

Ein Beispiel dafür, dass sich Bin Laden und seine Freunde auf diesem Gebiet erneut verkalkuliert haben, scheint sich im Irak abzuzeichnen. Weil die Amerikaner dort nicht weichen – und wohl auch unter einem Barak Obama nicht abziehen würden, hat er doch angekündigt, er würde so viele US-Truppen im Irak belassen, wie nötig seien, um »*Al Quaida* auszurotten« –, weil sich die Bevölkerung im Irak zu keinem massiven Widerstand gegen die Amerikaner erhebt, sondern offenbar Stabilität, Demokratie und Freiheit im westlichen Sinne wünscht, ziehen nach jüngsten Angaben Tausende von islamistischen »Widerstandskämpfern« aus allen arabischen und europäischen Ländern vom Irak weg in die Grenzregion zwischen Pakistan und Afghanistan, um von dort aus ihren Kriegszug gegen den Westen fortzusetzen. Ihnen geht es nicht um die vermeintliche Rückgewinnung Afghanistans, sondern um die Herausforderung des Westens an sich, der mit vierzig Staaten am Hindukusch massiv vertreten ist.

Insofern ist die Erkenntnis des einstigen Verteidigungsministers Peter Struck aus dem Jahr 2002, dass »die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt wird«, nach wie vor hoch aktuell und nach wie vor richtig. Schließlich bekämpft der gesamte Westen in einer bis dahin nicht dagewesenen Allianz den Feind (militanter Islamismus) direkt in der Höhle des Löwen und fernab der Heimat. Wer dafür kein Verständnis hat, muss gewärtig sein, dass er höchstpersönlich diesen Kampf dann zuhause im eigenen Wohnviertel austragen muß, und dass – statt Bundeswehrsoldaten – er oder sie selbst Opfer sein können. Wegsehen hilft dann nicht mehr.